

Schwyzer Wirtschaftsverband unterstützt das Kaltbach-Projekt

Am 22. September 2024 findet die Abstimmung zur Ausgabenbewilligung für das neue Verwaltungs- und Sicherheitszentrum Kaltbach statt. Der Vorstand des H+I – Der Schwyzer Wirtschaftsverband unterstützt diese Vorlage als eine wichtige Investition für die Zukunft des Kantons Schwyz.

Der Kanton braucht für das alte, baufällige AHV-Gebäude in Schwyz als grösste Verwaltungsliegenschaft eine Ersatzlösung, was allseits unbestritten scheint. Dass er diese am verkehrsgünstig an der H8 gelegenen Standort Kaltbach am Dorfeingang von Schwyz realisieren will, ist für den H+I ebenfalls gut nachvollziehbar. Die Anfahrt aus anderen Kantonsteilen ist einfacher und wird zu einer Verkehrsentslastung im Kantonshauptort Schwyz führen.

Der H+I erachtet die Ausgaben für dieses Vorhaben als sinnvolle Investition in eine effizient aufgestellte Kantonsverwaltung. Aus der Zusammenführung zahlreicher Aussenstandorte in einem Gebäude und den daraus resultierenden kürzeren Wegen dürften sich nicht nur verschiedene Optimierungen bei den internen Betriebsabläufen ergeben, was zu einfacheren Abläufen und Prozessen führen und so Kosteneinsparungen im Dienstbetrieb möglich machen sollte. Es ergibt sich daraus auch eine einfachere, kundenfreundlichere Zugänglichkeit für Bevölkerung und Unternehmen. Dass daneben auch noch die Kantonspolizei mit einer neuen Einsatzleitzentrale sowie die Stützpunktfeuerwehr und der Rettungsdienst Schwyz am gleichen Ort untergebracht werden können, zieht weitere Synergien nach sich. Auch finanziell dürfte sich ein grösserer Bau letztlich als günstiger erweisen als mehrere kleinere. Ein Nein zum vorliegenden Projekt liesse den ausgewiesenen Handlungsbedarf dagegen nicht verschwinden, sondern nur aufschieben, wobei auch die Gegner keine besseren Projekte bzw. Standorte vorweisen können.

Positiv zu werten ist aus Sicht des H+I schliesslich, dass mit der Verlegung der Kantonsverwaltung in den Kaltbach das Grundstück an der Bahnhofstrasse in Schwyz inskünftig für privatwirtschaftliche Nutzungen zur Verfügung gestellt werden soll. Und so werden der Kanton und die Standortgemeinde ermuntert, rasch die erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen und Massnahmen in die Wege zu leiten, dass sich das grosse Potential an dieser Zentrumslage innert vernünftiger Frist auch tatsächlich realisieren lässt. Und nicht zuletzt bieten auch generell die frei werdenden Flächen Chancen für neue Wohnungen und Arbeitsplätze.

Die berechtigten Sorgen wegen mehr Bürokratie und einem stetig steigenden Stellenetat beim Kanton teilt auch der H + I. Die Erwartungshaltung gegenüber dem Kanton ist daher klar, dass ein neues Verwaltungszentrum keine Grundlage für ein Stellenwachstum bieten darf. Zudem erwartet der H + I dass im Sinne der Nachhaltigkeit lokale Anbieter bei der Umsetzung des Projekts berücksichtigt werden sollen.